Bezirksregierung Köln
z. Hd. Herrn Dürbaum
Zeughausstraße 2-10
50667 Köln

Amt Planung, Verkehr, Straßenbau
Abteilung 61.1
Frau Schaarschmidt
Zimmer: A 12.13
Telefon: 02241 - 13-3257
Telefax: 02241 - 13-2430
E-Mail: margot.schaarschmidt
@rhein-sieg-kreis.de

R:\Planungen\Leitungen\SN Neubau Höchstspannungsfreileitung
Weißenthurm-Sechtem.doc

Datum und Zeichen Ihres Schreibens
28.10.2010 25.3.4-5/10

Mein Zeichen
61.1

Datum
27.01.2011

**Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren nach § 43 Energiewirtschafts-
gesetz (EnWG)**
**Neubau der 110-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Weißenthurm – Sechtem,
Bauleitnummer (Bl.) 4197 im Abschnitt Punkt Neuenahr bis Umspannanlage (UA)
Sechtem**

Sehr geehrter Herr Dürbaum,

zu dem o.g. Verfahren habe ich die maßgeblichen Fachämter meines Hauses beteiligt.

- Amt 66 Amt für Technischen Umweltschutz
- Amt 67 Amt für Natur- und Landschaftsschutz
- Amt 53 Gesundheitsamt

Ich bitte um Berücksichtigung der nachfolgenden Forderungen und Anregungen im
Planfeststellungsverfahren:

Gewässerschutz

Verschiedene Maststandorte sind nach den vorgelegten Unterlagen zu dicht an Gewässern vorgesehen. Baumaßnahmen (z. B. Gründungsmaßnahmen an den Maststandorten) innerhalb des Gewässerbereiches und seiner Uferstrandstreifen sind nicht gestattet. Es ist ein Mindestabstand der Maststandorte von 10 m zur Böschungsoberkante der Gewässer einzuhalten. Somit kann der Planung in der vorgelegten Form nicht zugestimmt werden.

Im Planbereich befinden sich z. T. auch Drainageleitungen. Diese müssen funktionsfähig erhalten bleiben.

Immissionsschutz

Das o. g. Vorhaben unterliegt den Anforderungen des § 22 BImSchG und der 26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, Verordnung über elektromagnetische Felder - 26. BImSchV - vom 16. Dezember 1996.

Gemäß § 22 Abs. 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) sind nicht genehmigungsbedürftige Anlagen u. a. so zu errichten und zu betreiben, dass schädliche Umwelteinwirkungen, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind, verhindert und nach dem Stand der Technik unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

- Aus den Planunterlagen ist nach hiesiger Kenntnis nicht zu entnehmen, ob und wie der Aspekt der Vorsorge und der Expositionsminderung für elektromagnetische Strahlung entsprechend den Empfehlungen des Bundesamtes für Strahlenschutz bei der geplanten technischen Ausführung und des Betriebs bei dem Vorhaben berücksichtigt wird. Eine abschließende Prüfung der Einhaltung der Vorsorge bei dem Vorhaben kann jedoch nicht durchgeführt werden, da hier die Kenntnisse und die Voraussetzungen für eine entsprechende Prüfung fehlen. Daher empfehle ich, den Antrag diesbezüglich vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) Fachbereich 45 (Herr Kindel, Tel.: 0201/7995-1557, Herr Schwenger, Tel.: 0201/7995-1554) prüfen zu lassen.
- Die Auswahl der maßgebenden Immissionsorte ist nach hiesiger Kenntnis nicht nachvollziehbar.

Nach Anhang zu 3.1 des o. g. Rd. Erl. d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV) - V – 5 – 8828 (V Nr. 3/04) - vom 9.11.2004 - Hinweise zur Durchführung der Verordnung über elektromagnetische Felder (SMBl. NRW. 7129) sind für die Bestimmung der im Sinne des § 3 Satz 1 und § 4 maßgebenden Immissionsorte bei einer 380 kV - Fernleitung die Bereiche in einer Breite von 20 m des jeweils an den ruhenden äußeren Leiter angrenzenden Streifens um die Anlagen zu betrachten.

Im Erläuterungsbericht zur Planung (s. Tabelle 3) werden lediglich 4 maßgebende Immissionsorte¹ betrachtet. Da weitaus mehr dem nicht nur vorübergehenden Aufenthalt von Menschen dienenden Gebäude und Grundstücke im o. g. Bereich von 20 m Entfernung zu der Hochspannungstrasse liegen und die Kriterien für die Auswahl der maßgebende Immissionsorte nicht weiter erläutert werden, ist nicht nachvollziehbar, warum nur diese 4 Gebäude/Grundstücke betrachtet werden.

Tabelle 3 des Erläuterungsberichts und der darunter stehende Verweis auf Anlage 10.1 enthalten Fehler:

In Tabelle 3 wird für den ausgewählten maßgebenden Immissionsort 1 - Mastbereich 117 - 118 - das Grundstück Meckenheim - 27 - 59 angegeben, tatsächlich handelt es sich um das Grundstück Meckenheim Flur 12, Flurstück 310. Anlage 10.1 bezieht sich auf den Mastbereich Nr. 120 - 121, Grundstück Meckenheim Flur 27, Flurstück 59.

Beide Grundstücke Meckenheim Flur 27, Flurstück 59 und Meckenheim Flur 12, Flurstück 310 sind aus hiesiger Sicht maßgebende Immissionsorte, der Nachweis der Einhaltung der Grenzwerte der 26. BImSchV für das Grundstück Meckenheim Flur 12, Flurstück 310, wurde nicht erbracht.

Weitere maßgebende Immissionsorte sind aus hiesiger Sicht beispielsweise zusätzlich folgende Grundstücke:

Mastbereich 117 - 118 - Meckenheim Flur 12, Flurstück 310 (s. o.),
 Mastbereich 120 - 121 - Meckenheim Flur 27, Flurstück 59 (s. o.),
 Mastbereich 112 - 122 - Meckenheim Flur 27, Flurstück 522,
 Mastbereich 154 - 155 - (Alfter) Impekoven Flur 1, Flurstück 1343,
 Mastbereich 157 - 158 - (Alfter) Impekoven Flur 2, Flurstück 1905,

Die Antragstellerin sollte die Immissionsbelastung für alle maßgebenden Immissionsorte berechnen.

Aufgrund hier fehlender Fachkenntnisse und Berechnungsgrundlagen, kann nicht abschließend geprüft werden, ob die Berechnungen der Immissionen richtig sind. Da insbesondere im Bereich der Maste Nr. 120 - 121 die berechneten elektrischen Feldstärken in der Größenordnung der Grenzwerte liegen, empfehle ich entsprechend Anlage 4 zum o. g. Rd.Erl des MUNLV das

1

Nr.	Mastbereich von - bis	Gemarkung-Flur-Flurstück	Nutzung gemäß Durchführungshinweise LAI
1	117 - 118	Meckenheim – 27 – 59	Gebäude-/Freifläche Wohnen
2	125 - 126	Meckenheim – 18 – 640	Gewerbebetrieb
3	157 - 158	Odekoven – 2 – 1996, 1998, 2193 und 2198	Gewerbebetrieb
4	165 - 166	Alfter – 8 – 456/161	Gebäude-/Freifläche Wohnen

Tabelle 3:Maßgebende Immissionsorte der jeweiligen Konstellationen

Gutachten durch das LANUV oder eine andere unabhängige sachverständige Stelle prüfen zu lassen.

Bodenschutz und Altlasten

Bei dem Planfeststellungsbeschuß sollte die Landeskartierung „Schutzwürdige Böden in Nordrhein-Westfalen“, MUNLV NRW 2007 einbezogen werden und die Umsetzung vorwiegend so erfolgen, dass keine schutzwürdigen Böden betroffen sind.

Weiterhin sollten im Verfahren die tatsächlichen Beeinträchtigungen des Bodens berücksichtigt werden. Grundlage sollte die Bewertung des Bodens hinsichtlich seiner allgemeinen Funktionen vor und nach dem geplanten Eingriff sein.

Es wird angeregt, die Folgen der Eingriffe in die Bodenfunktionen (z. B. durch Versiegelung, Verdichtung, Umlagerung) in die Abwägung einzubeziehen und Maßnahmen zur Vermeidung/Minderung und/oder zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen zu prüfen und darzulegen.

Als Arbeitshilfe wird der Leitfaden „Bodenschutz in der Umweltprüfung nach BauGB“, LABo 2009, empfohlen.

Bei älteren Stahlfreileitungsmasten (Errichtung bis 1972) liegen Anhaltspunkte vor, dass eine Bodenbelastung durch Blei unter und im unmittelbaren Umfeld gegeben sein kann. Exemplarische Untersuchungen haben ergeben, dass u. U. die nutzungsbezogenen Prüfwerte der Bundesbodenschutzverordnung für Blei überschritten sind (siehe: „Auswirkungen des Korrosionsschutzes an Freileitungsmasten des RWE Transportnetz Strom“, IFUA-Projekt-GmbH, Bielefeld, Mai 2008).

Ich rege an, bezogen auf die zum Rückbau vorgesehenen Maststandorte folgende Auflage aufzunehmen:

Auflage

Im Rahmen des Rückbaus der Freileitungsmaste ist jeweils der Nachweis zu führen, dass an den ehemaligen Maststandorten die in der Bundesbodenschutzverordnung genannten Prüfwerte für Blei im Boden, bezogen auf die jeweilige Nutzung, eingehalten werden. Je nach Nutzung der Flächen sind die Gefährdungspfade Boden-Mensch, Boden-Pflanze und Boden-Grundwasser zu betrachten. Die Untersuchung hat anhand der Entnahme von Oberbodenmischproben (Probenentnahme und Analytik gemäß BBodSchV, Anhang 1) zu erfolgen. Die Untersuchungsergebnisse sind nach Durchführung der Rückbaumaßnahmen unaufgefordert der Unteren Bodenschutzbehörde (UBB) des Rhein-Sieg-Kreises vorzulegen. Falls Sanierungsmaßnahmen (z. B. Bodenaustausch) durchgeführt werden sollen, ist die UBB des Rhein-Sieg-Kreises vorab zu beteiligen.

Wasserschutzgebiet

Ein Teil des Plangebietes befindet sich im Wasserschutzgebiet der Grundwassergewinnungsanlage Urfeld des Wasserbeschaffungsverbandes Wesseling - Hersel.

Gegen das o. g. Vorhaben bestehen keine Bedenken, wenn die Wasserschutzgebietsverordnung Urfeld vom 24.05.1994 beachtet wird. Sollte bei Errichtung der Fundamente das Grundwasser durch Grabung freigelegt oder angeschnitten werden, dann sind folgende Auflagen zu beachten:

Baustelleneinrichtung

1. Dem Auftragnehmer sind die in Nordrhein-Westfalen gültigen Richtlinien und Vorschriften (VAwS, VbF, Öl- und Giftalarmrichtlinien etc.) hinsichtlich des Trinkwasserschutzes bindend vorzuschreiben.
2. Es sind nur neuwertige oder gleichwertige Baumaschinen, die sich in einem einwandfreien technischen Zustand befinden und keine Schmier- oder Treibstoffe verlieren, einzusetzen.
3. Das Fahren und Abstellen von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren ist auf das zur Baudurchführung notwendige Maß zu beschränken.
4. Das Betanken, Reparieren, Abfetten und Waschen von Fahrzeugen und Baumaschinen ist nur auf speziell dafür genehmigten Flächen mit den notwendigen Entwässerungseinrichtungen zugelassen.
5. Wassergefährdende Stoffe und Betriebsmittel (Schmier-, Treib- und Heizstoffe, Teer usw.) sind so zu lagern und zu sichern (dichte Wanne), dass keine Verunreinigung des Untergrundes und der Gewässer erfolgen kann.
6. Bei den Bauarbeiten ist besonders darauf zu achten, dass die gewachsenen Deckschichten nicht mehr als unbedingt notwendig beseitigt werden.
7. Auf der Baustelle sind ständig Ölbindepräparate in einer ausreichenden Menge bereitzuhalten (s. Produktinformation). Die Präparate müssen auch an der Wasseroberfläche wirksam sein.
8. Sollte trotz aller Vorsorge eine Verunreinigung des Untergrundes oder der Gewässer eintreten, so muss der Auftraggeber unverzüglich nach dem v. g. Plan vorgehen.

In diesem Fall sind sofort, telefonisch und nachträglich schriftlich, auf jeden Fall die folgenden Stellen zu benachrichtigen:

- der Wasserwerksbetreiber
- das zuständige Ordnungsamt
- die Untere Wasserbehörde

9. Es dürfen keine Baustoffe und Füllmaterialien verwendet werden, bei denen nach Herstellung des Bauvorhabens, z. B. durch äußere Einwirkungen, eine chemische oder bakteriologische Beeinträchtigung des Untergrundes oder der Gewässer zu besorgen ist (Bauschutt, belasteter Erdaushub, Schalungsöle, Betonzusatzmittel, Vergussmassen usw.).

Abfallwirtschaft

Der Einbau von Recyclingbaustoffen ist nicht zulässig.

Im Rahmen der Baureifmachung der Grundstücke anfallendes bauschutthaltiges oder organoleptisch auffälliges Bodenmaterial (z.B. aus Bodenauffüllungen) ist ordnungsgemäß zu entsorgen.

Die Entsorgungswege des abzufahrenden Bodenaushubs sind vor der Abfuhr dem Rhein-Sieg-Kreis –Sachgebiet „Gewerbliche Abfallwirtschaft“ (☎ 02241/132455)- anzuzeigen. Dazu ist die Entsorgungsanlage anzugeben oder die Wasserrechtliche Erlaubnis (Anzeige) der Einbaustelle vorzulegen.

Natur- und Landschaftsschutz

Die Gegenüberstellung des Aushubvolumens der neu zu errichtenden Fundamentgruben (bei der hier beantragten Planungslösung) mit den zu verfüllenden Fundamentgruben der demontierten Maststandorte, ergibt einen erheblichen Aushubüberschuss. Eine Verfüllung oder Verkippung von Bodenaushub ist in den Schutzgebieten verboten und würde einen weiteren Eingriff in Natur und Landschaft bedeuten und ist nicht zulässig.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag